Secret Intelligence in the European States System, 1918–1989. Ed. by Jonathan Haslam and Karina Urbach, Stanford, CA: Stanford University Press 2013, VIII, 246 S., \$ 55.00 [ISBN 978-0-8047-8359-0]

Besprochen von **Helmut R. Hammerich**: Potsdam, E-Mail: HelmutHammerich@bundeswehr.org

DOI 10.1515/mgzs-2016-0090

Die Geschichte der Nachrichtendienste ist mittlerweile kein Buch mit sieben Siegeln mehr. Ein international gut vernetzter Expertenkreis legte in den letzten Jahren beeindruckende Forschungsergebnisse vor allem für die Jahre bis 1945 vor. Fachzeitschriften, wie das »International Journal of Intelligence and Counterintelligence«, das »Journal of Intelligence History« oder das »Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies«, zeugen ebenfalls von dieser Entwicklung. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Geheimdienste während des Kalten Krieges steckt hingegen noch in den Kinderschuhen. Das liegt vor allem an der dünnen Quellenlage. Entweder sind die relevanten Materialien noch unter Verschluss oder sie wurden vernichtet. Anhand der bereits zugänglichen Dokumente lassen sich bestenfalls Überblicksdarstellungen oder Fallstudien schreiben.

Daher erweckt der Titel des hier vorzustellenden Bandes große Neugier. Gelingt es den Herausgebern wirklich, die Rolle der Geheimdienste im europäischen Staatensystem vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zum Ende des Kalten Krieges zu bestimmen? Um es vorwegzunehmen: Nein, es gelingt ihnen nicht.

Die Autoren, bis auf *Richard J. Aldrich* keine ausgewiesenen Nachrichtendienstexperten, können bestenfalls Schlaglichter auf ausgewählte Themen werfen. Diese Leistung darf aber keineswegs unterschätzt werden. Denn auch historische Mosaiksteine fügen sich zu einem Gesamtbild und bringen die Forschung weiter. Die Stärken der Autoren, alles ausgewiesene Historiker auf dem Feld der internationalen Beziehungen, führen zu einer Leitfrage, die den breiten Ansatz der Herausgeber des Bandes, Haslam und Urbach, fokussiert: Wie werden die Geheimdienste und deren Ergebnisse durch die jeweiligen politischen Entscheidungsträger gewürdigt und genutzt?

Jonathan Haslam und *David Holloway* weisen in ihren Beiträgen über die sowjetischen Dienste vor und während des Zweiten Weltkrieges nach, dass diese meist in Konkurrenz zueinander standen. Diese Konkurrenz führte zu gegenseitigem Misstrauen, fehlender gemeinsamer Auswertung und der Furcht der Regierenden vor der Macht ihrer Dienste. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade Stalin das umfangreiche Informationsangebot selektiv nutzte, gerade so, wie es seinen eigenen politischen Absichten nützlich war. Zudem trugen die zahlreichen Verhaftungen und Exekutionen von hohen Geheimdienstmitarbeitern nicht gerade zu einer Effektivitätssteigerung der sowjetischen Dienste bei.

Auch die Arbeit der französischen Nachrichtendienste, von *Stephen A. Schuker* und *Georges-Henri Soutou* vorgestellt, litt sowohl während des Zweiten Weltkrieges als auch im Kalten Krieg unter ähnlichen Problemen, wenn auch mit deutlich weniger Todesfällen. Dazu kam in Frankreich eine notorische Unterfinanzierung – immer ein Gradmesser für die geringe Bedeutung der Dienste in einem politischen System. Im Vergleich zur Stellung der Dienste in Washington oder in London hatten die französischen stets das Nachsehen.

Richard J. Aldrich befasst sich mit den britischen Geheimdiensten während des Kalten Krieges. Er betont deren Rolle eines Frühwarnsystems gegen konventionelle und atomare Angriffe und arbeitet die Bedeutung des British Joint Intelligence Committee (JIC) für die strategische Lagebeurteilung der politisch Verantwortlichen heraus. Trotz zahlreicher Fehleinschätzungen (Prag 1968, Jom-Kippur-Krieg 1973 oder Falklands 1982) und finanzieller Kürzungen waren und sind die britischen Dienste bis heute ein wichtiges Element im politischen Räderwerk Londons.

Die ost- und westdeutschen Nachrichtendienste nach 1945 werden von *Oliver Bange* und *Holger Afflerbach* vorgestellt. Bange gelingt es, die Rolle der Staatssicherheit als Mahner vor dem systembedrohenden Wandel durch Annäherung während der Entspannungsphase von 1966 bis 1975 herauszuarbeiten. Dazu nutzte er die Bestände des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen (BSTU), vor allem die Dokumente der ZAIG, der zentralen Abteilung der Stasi für die Auswertung der vielen Informationen aus dem In- und Ausland. Auch seine Ergebnisse bestätigen die entscheidende Funktion der Auswerter eines Nachrichtendienstes. Waren die Auswerter nicht unabhängig im Hinblick auf die Auswertung der Informationen, sei es durch eigene ideologische und politische Überzeugungen oder durch die Vorgaben der politischen Leitung, dann nutzten die brisantesten Informationen über den Gegner nicht wirklich. Banges größte Leistung ist jedoch, auf wenigen Seiten einen luziden Abriss der westdeutschen Entspannungspolitik der 1960er und 1970er Jahre vorzulegen.

Was für die Staatssicherheit und die anderen Geheimdienste der DDR galt, galt wohl auch für den Bundesnachrichtendienst (BND) auf westdeutscher Seite.

Afflerbach, der sich trotz des vielversprechenden Titels seines Beitrages nur auf den BND konzentriert, gelangt zu ähnlichen Folgerungen wie Bange für Ost-Berlin. Die Organisation Gehlen und später der BND lieferten Bundeskanzler Adenauer die gewünschten Informationen über die militärische Bedrohung durch den Warschauer Pakt. Afflerbach stützt sich jedoch zum größten Teil auf neuere Studien, allen voran von Armin Wagner und Matthias Uhl (BND contra Sowjetarmee, 2., korr. Aufl., Berlin 2008) über die westdeutsche Militärspionage in der DDR.

Alle Autoren sind sich einig, dass der Einfluss der Nachrichtendienste auf die politischen Entscheidungsträger nicht überschätzt werden darf. Vielmehr hing es von diesen Entscheidungsträgern ab, welche Bedeutung die Dienste hatten. Stets blieb ein Zweifel an den vorgelegten Informationen, der durch vielfache Fehleinschätzungen und Skandale der Geheimdienste genährt wurde. Nicht umsonst gewinnen die konspirativ erarbeiteten Informationen meist erst in der historischen Rückschau ihre Brisanz und Zuverlässigkeit.

Insgesamt verspricht der Sammelband mehr als er hält. Dennoch bietet er interessante Einblicke in die Arbeit der Nachrichtendienste und deren Stellung im Regierungsgeflecht der wichtigsten europäischen Staaten im 20. Jahrhundert und erste Einschätzungen der – mehr oder weniger – intensiven Nutzung der Dienste durch die jeweiligen politischen Auftraggeber.